

# Europäische Integration und Krise in der Eurozone: Akzeptanz und Ablehnung der EU in Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien

*Oliver Bruttel\**

Die Probleme in der Eurozone, die 2011 mit Griechenland eskalierten und in mehreren vor allem südeuropäischen Ländern schmerzhaft Reformprozesse notwendig machten, haben das Potenzial, die Akzeptanz der europäischen Integration und das Grundvertrauen in das Projekt Europa nachhaltig zu beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund hat das Institut für Demoskopie Allensbach in einer international vergleichenden Studie die Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien untersucht.<sup>1</sup> Im Mittelpunkt der Studie standen die Haltung zur europäischen Integration sowie zum Euro, die persönliche Betroffenheit von der Krise sowie die Vorstellungen von der idealen Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene. Die Ergebnisse können auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Erfolge europaskeptischer Parteien bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in einen breiten Kontext einzuordnen, ohne dabei die grundsätzliche Bedeutung Europas für die Bürger aus den Augen zu verlieren. Der Beitrag konzentriert sich auf die Darstellung der eigenen Befunde. Auf die Ergebnisse anderer Studien wird nur insofern eingegangen, als diese zum Verständnis der vorliegenden Daten beitragen können. Die Befragungen wurden in allen vier Ländern ‚face-to-face‘ durchgeführt. Dabei wurden zwischen Anfang September und Mitte Dezember 2013 jeweils rund 1.000 Befragte (in Deutschland rund 1.500 Befragte), repräsentativ für die Bevölkerung ab 15 Jahre (Deutschland: 16 Jahre), interviewt. Dabei wurde ein Kernfragenprogramm von rund 20 Fragen in allen vier Ländern identisch gestellt. In Spanien wurden einige Fragen, die in den anderen drei Ländern erhoben wurden, zugunsten vertiefter Fragen zur wirtschaftlich schwierigen Situation in Spanien sowie dem Umgang mit der hohen Arbeitslosigkeit ersetzt.<sup>2</sup>

## Unterschiede in der Betroffenheit

Die Krise in der Eurozone hat die verschiedenen Länder und ihre Bürger sehr unterschiedlich getroffen. Für einzelne Länder ist die Krise eine einschneidende Phase, die von vielen Opfern und Risiken geprägt ist; für andere Länder ist die Krise überwiegend ein von den Medien vermitteltes Ereignis geblieben, das den eigenen Alltag kaum beeinflusst hat. Die Betroffenheit lässt sich zum einen an der Entwicklung wichtiger makroökonomischer Indikatoren ablesen, zum anderen aber auch an den persönlichen Erfahrungen der Bürger.

---

\* Dr. Oliver Bruttel, Projektleiter, Institut für Demoskopie Allensbach.

1 Die Befragung in Spanien wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert, die Befragungen in Frankreich und Großbritannien von der Stiftung Demoskopie Allensbach.

2 Vgl. Oliver Bruttel: Spain between Resignation and Hope – Findings of a Representative Survey of the Spanish Population, in: Intereconomics: Review of European Economic Policy, im Erscheinen.

*Entwicklung makroökonomischer Indikatoren*

In allen Untersuchungsländern – Deutschland, Frankreich, Spanien und Großbritannien – kam es 2009 infolge der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers und der davon ausgelösten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu einer tiefen Rezession. Während aber in Deutschland eine rasche wirtschaftliche Erholung und anschließend ein konstantes Wachstum einsetzte, verharrte Spanien in der Rezession. Für das laufende Jahr geht die Europäische Kommission mit einem Wachstum von 1,1 Prozent von einer leichten wirtschaftlichen Erholung für Spanien aus, für 2015 werden 2,1 Prozent Wachstum erwartet. Frankreich und Großbritannien erzielten zwischen 2010 und 2012 deutlich geringere Wachstumsraten als Deutschland. Für Frankreich wird auch weiterhin mit einer eher schwachen Wirtschaftsentwicklung von 1,0 Prozent in diesem und 1,5 Prozent im nächsten Jahr gerechnet.<sup>3</sup> Diese divergierende Konjunkturentwicklung schlägt sich auch in den Arbeitslosenzahlen nieder. Während Deutschland entsprechend der Definition des Europäischen Statistikamtes im Mai 2014 eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 5,1 Prozent aufwies, waren in Großbritannien 6,5 Prozent, in Frankreich 10,1 Prozent und in Spanien sogar 25,1 Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos.<sup>4</sup> Mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit sind die Unterschiede noch gravierender. In Deutschland hat die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu den anderen Ländern ein geringes Ausmaß. Gerade einmal 7,8 Prozent der unter-25-jährigen Erwerbspersonen sind arbeitslos. In Großbritannien und Frankreich ist dagegen rund jede fünfte unter-25-jährige Erwerbsperson arbeitslos. In Spanien ist mit 54,0 Prozent sogar die Mehrheit der unter-25-jährigen Erwerbspersonen ohne Arbeit.<sup>5</sup> Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise, die aufgrund gestiegener Zinssätze höheren Schuldendienste einzelner Staaten sowie die als Folge der Wirtschaftskrise sinkenden Steuereinnahmen führten in allen Ländern auch zu einem teilweise drastischen Anstieg der Staatsverschuldung. In Spanien und Großbritannien hat sich die Staatsverschuldung zwischen 2007 und 2012 sowohl in absoluten Beträgen wie auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt. Vor Ausbruch der Krise galt Spanien mit einer Schuldenquote von 36 Prozent als Musterschüler in Europa, im Jahr 2012 beliefen sich die spanischen Staatsschulden auf 86 Prozent. In Großbritannien stieg der Schuldenstand im gleichen Zeitraum von 44 Prozent auf 89 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In Frankreich erhöhte sich die Schuldenquote zwischen 2007 und 2012 von 64 Prozent auf 90 Prozent, in Deutschland von 65 Prozent auf 81 Prozent.<sup>6</sup>

*Die persönliche Betroffenheit der Bürger*

Diese unterschiedliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch in der persönlichen Situation der Bürger nieder. So fühlt und fühlte sich in Deutschland nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung von der Krise betroffen. Nur 2 Prozent der Bundesbürger geben an, persönlich von der Krise stark betroffen zu sein, weitere 18 Prozent fühlen sich zwar

3 Vgl. Europäische Kommission: Frühjahrsprognose 2014: Wachstum auf breiterer Basis, Pressemitteilung IP/14/513.

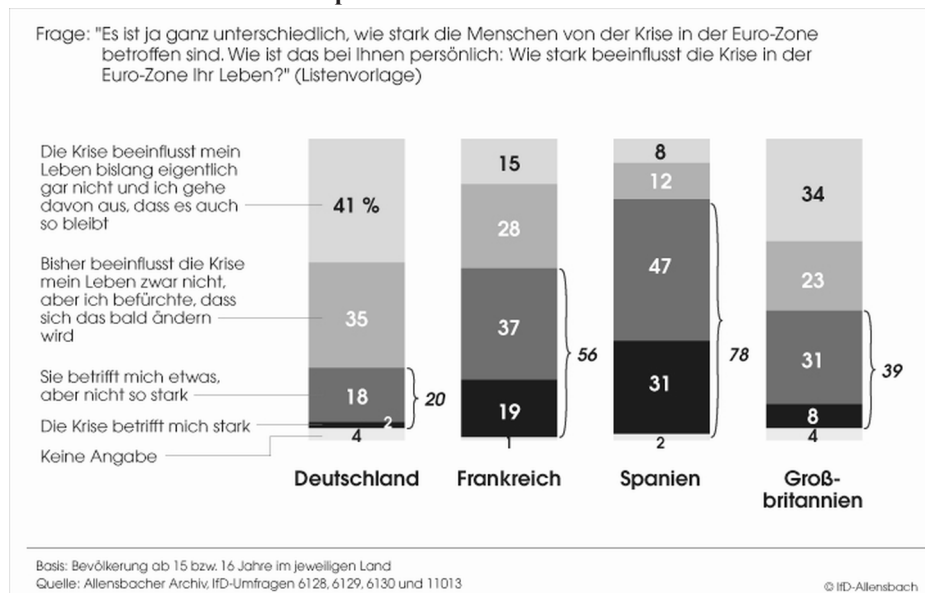
4 Eurostat: Harmonisierte Arbeitslosenquote, abrufbar unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=teilm020> (letzter Zugriff: 24.7.2014).

5 Eurostat: Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Alter, abrufbar unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=teilm021> (letzter Zugriff: 24.7.2014).

6 Eurostat: Öffentlicher Bruttoschuldenstand. Prozentanteil des BIP und Millionen EUR, abrufbar unter: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tsdde410&plugin=1> (letzter Zugriff: 24.7.2014).

tangiert, aber nicht gravierend. In Großbritannien sind es 8 Prozent, die sich stark betroffen fühlen. Ein grundlegend anderes Bild ergibt sich insbesondere für Spanien und Frankreich. In Spanien gibt fast jeder Dritte an, stark von der Krise betroffen zu sein, in Frankreich rund jeder Fünfte.<sup>7</sup>

### Schaubild 1: Unterschiedliche persönliche Betroffenheit von der Krise in der Eurozone



Wie stark sich die spanische Bevölkerung betroffen fühlt, zeigt sich auch in der persönlichen Wohlfühlentwicklung der spanischen Bürger. 68 Prozent der spanischen Bevölkerung geht es heute nach eigener Einschätzung wirtschaftlich schlechter als vor fünf Jahren. In Frankreich ziehen 44 Prozent der Bevölkerung eine negative Bilanz. In Großbritannien berichten 32 Prozent der Bürger, dass es ihnen schlechter als vor fünf Jahren geht, in Deutschland nur 22 Prozent.

Trotz der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich und vor allem in Spanien fühlen sich die Unter-30-Jährigen in diesen Ländern aber nicht überdurchschnittlich stark von der Krise betroffen. In Frankreich geben 13 Prozent der Unter-30-Jährigen an, dass sie stark von der Krise betroffen sind, in den mittleren Altersgruppen sind es mit rund jedem Vierten weitaus mehr. In Spanien spüren 32 Prozent der Unter-30-Jährigen die Auswirkungen der Krise besonders stark; in den mittleren Altersgruppen sind es 37 beziehungsweise 38 Prozent. Die durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Betroffenheit der jüngeren Generation lässt sich nicht zuletzt damit erklären, dass sich zumeist noch ein erheblicher Teil der Unter-30-Jährigen in der Ausbildung befindet und als Schüler beziehungsweise Student nicht akut von der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt betroffen ist. Die 60-Jährigen und Älteren fühlen sich schließlich in allen Ländern weit unterdurchschnittlich von der Krise betroffen. Dies erklärt sich insbesondere daraus, dass sie überwiegend nicht mehr am Erwerbsleben beteiligt und daher von den Auswirkungen der Krise am Arbeitsmarkt weitgehend abgeschirmt sind.

<sup>7</sup> Siehe Schaubild 1.

## **Rückhalt für die Gemeinschaftswährung**

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Frankreich und Spanien könnte man erwarten, dass die Bürger dem Euro und der Europäischen Union in diesen Ländern mit einer ausgeprägten Skepsis begegnen. Und auch die deutsche Bevölkerung hätte angesichts der anhaltenden Negativschlagzeilen zu Rettungspakten, Rettungsschirmen und wirtschaftlichen Problemen in den Krisenländern durchaus Grund, die Gemeinschaftswährung und die europäische Integration infrage zu stellen. Die Ergebnisse aus den einzelnen Ländern sprechen jedoch eine bemerkenswert andere Sprache: Zwar hält sich die Begeisterung für den Euro und Europa häufig in Grenzen, aber eine breite, grundsätzliche Ablehnung der europäischen Integration ist in keinem der Länder zu beobachten.

So ziehen zwar in Frankreich und Spanien jeweils 42 Prozent der Bürger eine negative Bilanz des Euro für ihr Land, während den Euro in Deutschland derzeit nur 22 Prozent der Bevölkerung überwiegend als Nachteil sehen. Addiert man jedoch die Anteile derjenigen, die den Euro eher als Vorteil für das eigene Land sehen, und derjenigen, die zumindest eine ausgeglichene Bilanz konstatieren, stellen diese Bevölkerungskreise in Deutschland mit 70 Prozent die überwiegende Mehrheit, in Frankreich mit 55 Prozent die absolute Mehrheit und in Spanien mit 49 Prozent zumindest noch die relative Mehrheit.

Die persönliche Betroffenheit durch die Krise in der Eurozone verstärkt in Frankreich und Spanien allerdings die Skepsis gegenüber dem Euro. So sind diejenigen, die stark von der Krise in der Eurozone betroffen sind, weit überdurchschnittlich davon überzeugt, dass der Euro für ihr Land eher Nachteile bringt. In Frankreich sind 64 Prozent derjenigen, die von der Krise stark betroffen sind, der Meinung, dass der Euro für Frankreich mehr Nachteile als Vorteile bringt. In Spanien nehmen 61 Prozent der von der Krise stark betroffenen Bürger diesen Standpunkt ein. Diejenigen, die nicht oder nur geringfügig von der Krise betroffen sind, sehen dagegen überwiegend die Vorteile des Euro für das eigene Land oder ziehen eine ausgeglichene Bilanz.

Angesichts der insgesamt ambivalenten Bewertung der Bilanz des Euro und des begrenzten Vertrauens könnte man vermuten, dass weite Teile der Bevölkerung einem Verbleib in der Eurozone keine große Bedeutung beimessen. Tatsächlich hält es jedoch sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und Spanien ein überwiegender Teil der Bevölkerung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes für wichtig oder sogar sehr wichtig, dass der Euro und die Eurozone bestehen bleiben. In Deutschland halten dies 70 Prozent für (sehr) wichtig, in Frankreich sind es 69 Prozent, in Spanien 63 Prozent. Auch in Großbritannien als Nichtmitglied der Währungsunion ist es mit 44 Prozent doch ein beachtlicher Teil der Bevölkerung, der den Bestand des Euro für die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens für wichtig oder sogar sehr wichtig erachtet.<sup>8</sup>

Selbst von denjenigen, die sich von der Krise stark betroffen fühlen, wird dem Fortbestand des Euro und der Eurozone mehrheitlich große Bedeutung für die ökonomische Entwicklung des eigenen Landes beigemessen. Allerdings fällt das Meinungsbild weniger deutlich zugunsten des Fortbestands aus als bei denjenigen, die von der Krise nicht oder nur wenig betroffen sind. So halten in Frankreich 48 Prozent derjenigen, die angeben, von der Krise stark betroffen zu sein, den Fortbestand des Euro für wichtig oder sogar sehr wichtig. Von denjenigen, die die Auswirkungen der Krise in der Eurozone persönlich nicht oder nur wenig spüren, sind es mehr als 70 Prozent. Ein ähnliches Muster zeigt sich in Spanien, wo von

---

8 Siehe Tabelle 1.

denjenigen, die sich von der Krise stark betroffen fühlen, 49 Prozent den Fortbestand der Eurozone für wichtig oder sehr wichtig halten. Diejenigen, die angeben von der Krise nicht oder nur begrenzt betroffen zu sein, halten es dagegen zu zwei Dritteln und mehr für (sehr) wichtig, dass die Eurozone bestehen bleibt. Die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Eurozone und damit die Verringerung der persönlichen Betroffenheit vieler Bürger gerade in den Krisenländern kann damit einen erheblichen Beitrag zur erhöhten Akzeptanz der Gemeinschaftswährung in den Euro-Ländern leisten.

**Tabelle 1: Der Erhalt des Euro wird als wichtig für die weitere wirtschaftliche Entwicklung eingestuft**

Frage: „Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, dass der Euro und die Euro-Zone bestehen bleiben? Ist das für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Ihrer Meinung nach sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig?“				
	Deutsch-land	Frankreich	Spanien	Groß-britannien
	%	%	%	%
Dass der Euro und die Euro-Zone bestehen bleiben, halten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land für –				
sehr wichtig	27	23	20	12
wichtig	43	46	43	32
weniger wichtig	14	14	16	31
gar nicht wichtig	5	11	10	14
Unentschieden, keine Angabe	11	6	11	10
	100	100	100	100
Basis: Bevölkerung ab 15 bzw. 16 Jahre im jeweiligen Land.				

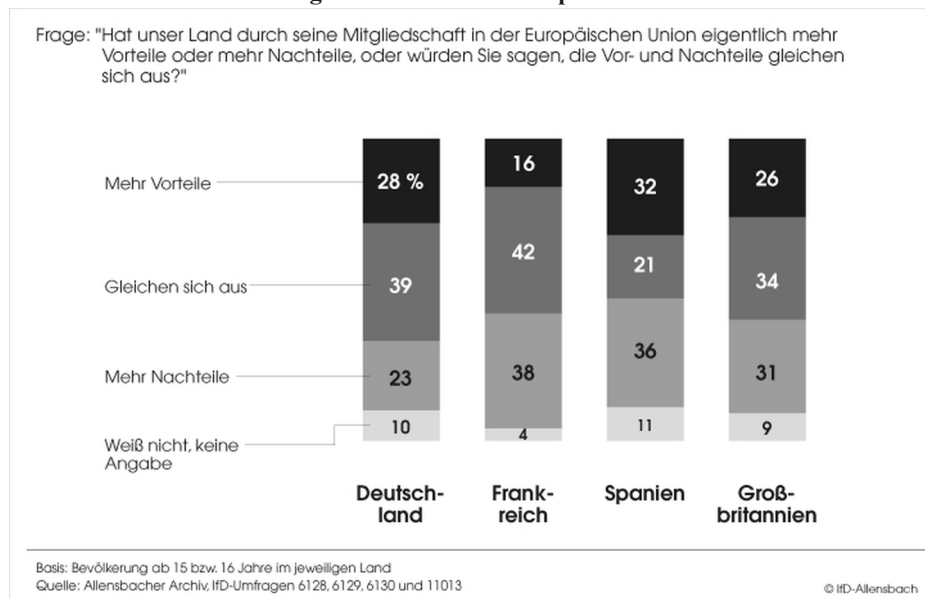
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6128, 6129, 6130 und 11013.

**Bilanz der Mitgliedschaft des eigenen Landes aus Sicht der Bürger**

Die Einstellungen zur Europäischen Union als Ganzes zeigen ein ähnliches Muster wie die Einstellungen zur Gemeinschaftswährung. Bemerkenswert ist besonders das Stimmungsbild in Großbritannien, dessen Bürger zwar ebenfalls eine gemischte, keinesfalls aber überwiegend negative Bilanz der Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union ziehen. Die Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union eher Nachteile für das eigene Land bringt, ist in allen Ländern eine Minderheitenposition. In Frankreich, Spanien und Großbritannien sind jeweils zwischen 31 und 38 Prozent überzeugt, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union für ihr Land mehr Nachteile als Vorteile bringt; in Deutschland nehmen 23 Prozent diesen Standpunkt ein. Zwar ist der Kreis derjenigen, die

vor allem die Vorteile der Mitgliedschaft in den Vordergrund stellen, in allen Ländern – außer Deutschland – kleiner als der Kreis derjenigen, die eine negative Bilanz ziehen. Zusammen mit der neutralen Position, die eine ausgewogene Balance der Vor- und Nachteile konstatiert, machen diese beiden Gruppen dennoch die deutliche Mehrheit in allen Ländern aus. Auffallend ist das polarisierte Meinungsbild in Spanien. Die Mittelposition der ausgeglichenen Bilanz ist am schwächsten ausgeprägt, während die Gruppen, die entweder die Vorteile oder die Nachteile in den Vordergrund rücken, im Vergleich zu den anderen Ländern besonders stark sind.<sup>9</sup>

## Schaubild 2: Bilanz der Mitgliedschaft in der Europäischen Union



Die Einschätzung von Vor- und Nachteilen bewegt sich dabei im Zeitverlauf in einer großen Schwankungsbreite. Für Deutschland zeigen die Antworten auf diese nun in allen vier Ländern gestellte Frage: In Zeiten wirtschaftlicher Stärke neigt die Bevölkerung dabei vermehrt zu einer Betonung der Vorteile, die für Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union erwachsen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten rücken dagegen eher Nachteile in den Blickpunkt der Bürger. Die stärkste Fraktion in der deutschen Bevölkerung vertritt aber im Allgemeinen immer die Position, dass sich Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft ausgleichen.

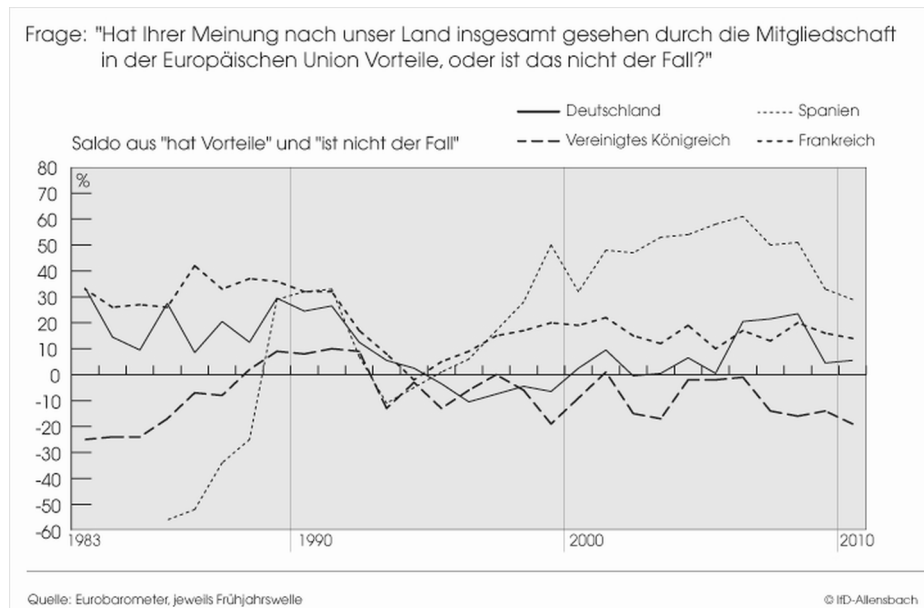
Auf Basis von Daten des Eurobarometers ergibt sich für die anderen Länder ein ähnliches, teilweise auch von erheblichen Schwankungen geprägtes Bild. Angesichts der unterschiedlichen Fragestellung sind die Daten nicht unmittelbar vergleichbar, zudem liegen die Daten des Eurobarometers für diese Frage nur bis 2011 vor.<sup>10</sup> Im Langzeittrend fällt auf, dass in Spanien nach großer Skepsis unmittelbar nach dem Beitritt 1986 und erneut Mitte der 1990er

<sup>9</sup> Siehe Schaubild 2.

<sup>10</sup> Eurobarometer Interactive Search System: abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/cf/showchart\\_column.cfm?keyID=6&nationID=6,3,5,15,&startdate=1983.04&enddate=2011.05](http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/showchart_column.cfm?keyID=6&nationID=6,3,5,15,&startdate=1983.04&enddate=2011.05) (letzter Zugriff: 24.7.2014).

Jahre die Bevölkerung mehr als in den anderen Ländern davon überzeugt war, dass die EU-Mitgliedschaft für das Land Vorteile bringt. Auch nach Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise zogen die spanischen Bürger eine positivere Bilanz als die Bürger der anderen Länder. Dagegen waren die Briten seit jeher besonders kritisch in Bezug auf die Vorteile der britischen Mitgliedschaft. In der Regel überwog der Anteil derjenigen, die die Vorteile in Abrede stellten.<sup>11</sup>

### Schaubild 3: Bilanz der Mitgliedschaft in der Europäischen Union – Langzeittrend auf Basis des Eurobarometers



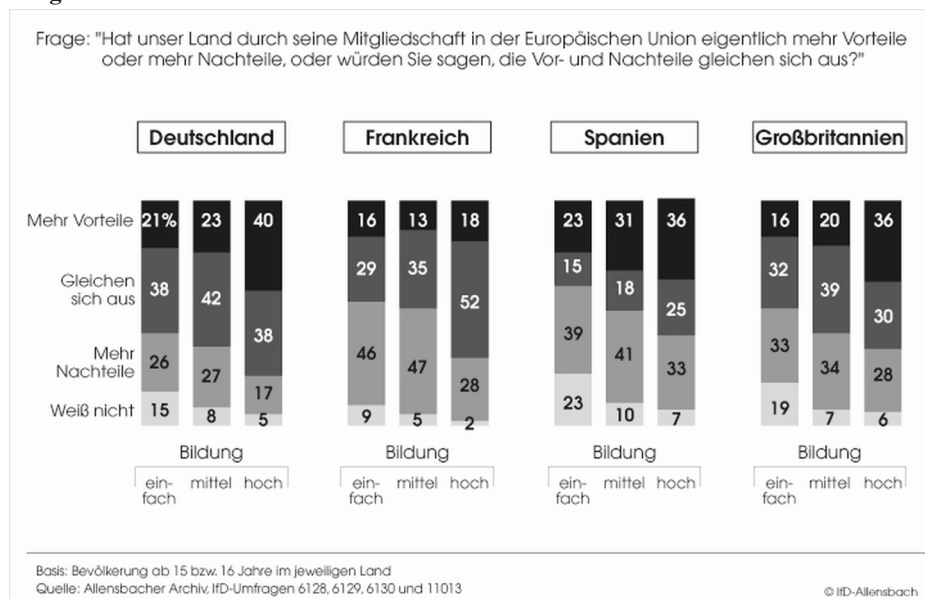
Welche Bilanz man für die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union zieht, hängt auch mit dem eigenen Bildungsabschluss zusammen. Dabei gilt in allen Ländern: je höher die Bildung, desto günstiger fällt die Bilanz aus. So sehen in Deutschland 40 Prozent derjenigen mit einer hohen Bildung vor allem Vorteile in der EU-Mitgliedschaft, in den unteren Bildungsschichten sind es nur 21 Prozent. In Frankreich und Spanien ergibt sich für die höheren Bildungsschichten zumindest ein ausgeglichenes, tendenziell eher vorteilhaftes Meinungsbild zu den Vor- und Nachteilen. In Großbritannien überwiegt unter denjenigen, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügen, die Sichtweise, dass die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens dem Land eher Vorteile bringt, sogar deutlich. 36 Prozent der Briten mit einem hohen Bildungsabschluss stellen eher Vorteile heraus, 28 Prozent die Nachteile. In den unteren und mittleren Bildungsschichten überwiegt dagegen die Meinung, dass Großbritannien durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union mehr Nachteile als Vorteile hat.<sup>12</sup>

11 Siehe Schaubild 3.

12 Siehe Schaubild 4. Dabei kommt auch teilweise ein Alterseffekt zum Tragen, da die ältere Generation in der Regel eine geringere formale Bildung aufweist und die europäische Integration häufig etwas kritischer bewertet als der Bevölkerungsdurchschnitt. Aber auch wenn man den Alterseffekt berücksichtigt und ‚herausrechnet‘, bleibt die Bildungsabhängigkeit bestehen.



#### Schaubild 4: Je höher das Bildungsniveau, desto günstiger fällt die Bilanz der EU-Mitgliedschaft aus



Wie bei den Einstellungen zum Euro schlägt sich auch in der Bewertung der EU-Mitgliedschaft die eigene Betroffenheit durch die Krise negativ nieder. Diejenigen, die in Frankreich und Spanien angeben, besonders stark von der Krise betroffen zu sein, sind mehrheitlich davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt. Diejenigen, die sich nicht oder nur in geringem Maße von der Krise betroffen fühlen, ziehen dagegen eher eine ausgeglichene Bilanz.

#### Keine grundsätzliche Infragestellung der Europäischen Union

Die Bilanz der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes fällt insgesamt also in allen Ländern eher ambivalent, wenngleich keineswegs überwiegend kritisch aus. Die Antworten auf die zugespitzte Frage, ob es für das eigene Land besser wäre, die Europäische Union zu verlassen oder weiterhin Mitglied zu bleiben, zeigen jedoch eine mehrheitliche, teils breite Unterstützung für einen Verbleib in der Europäischen Union. Selbst in Großbritannien ist eine – wenngleich knappe – Mehrheit (51 Prozent) davon überzeugt, dass der Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union für die weitere Entwicklung des Landes besser wäre als ein Austritt. Zeigten in früheren Jahren Meinungsumfragen britischer Medien noch eine Mehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union,<sup>13</sup> deutet sich im ersten Halbjahr 2014 – ungeachtet der Erfolge der United Kingdom Independence Party (UKIP) bei den

13 Vgl. Übersicht relevanter Meinungsumfragen mit Verweisen zu den Originalquellen und Ergebnissen, abrufbar unter: [http://en.wikipedia.org/wiki/Proposed\\_referendum\\_on\\_United\\_Kingdom\\_membership\\_of\\_the\\_European\\_Union](http://en.wikipedia.org/wiki/Proposed_referendum_on_United_Kingdom_membership_of_the_European_Union) (letzter Zugriff: 24.7.2014).



Wahlen zum Europäischen Parlament<sup>14</sup> – ein Stimmungswandel hin zu einer knappen Befürwortung eines Verbleibs in der Europäischen Union an. In Deutschland sind 72 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass es für die weitere Entwicklung Deutschlands besser ist, wenn das Land Mitglied der Europäischen Union bleibt. In Frankreich gibt es mit 68 Prozent, in Spanien mit 64 Prozent ebenfalls einen breiten Rückhalt für die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union.

Die Unterstützung für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union ist dabei vor allem abhängig vom eigenen Bildungshintergrund sowie der Bilanz, die man für die bisherige britische Mitgliedschaft zieht. Das Alter ist dagegen ein weniger wichtiger Faktor. So sprechen sich in der jüngeren Generation 55 Prozent der Bevölkerung für einen Verbleib in der Europäischen Union aus, von den 60-jährigen und älteren Briten sind es 48 Prozent. Von den Briten mit höherer Schulbildung unterstützen 60 Prozent eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, von denjenigen mit einfacher Schulbildung sind es lediglich 35 Prozent. Zudem sind diejenigen, die von den Vorteilen der britischen Mitgliedschaft in der Europäischen Union überzeugt sind, (erwartungsgemäß) mit überwältigender Mehrheit für einen Verbleib in der Europäischen Union. Auch diejenigen, die zumindest eine ausgeglichene Bilanz ziehen, sprechen sich mehrheitlich für einen Verbleib in der Europäischen Union aus. Dagegen glauben 76 Prozent derjenigen, die in der EU-Mitgliedschaft Großbritanniens eher Nachteile für das eigene Land wahrnehmen, dass für die weitere Entwicklung Großbritanniens ein Austritt besser wäre. Der positive Ausgang eines möglichen britischen Referendums über einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union hängt also ganz wesentlich davon ab, inwiefern es gelingt, besonders die bildungsfernen Schichten verstärkt von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft zu überzeugen.

Während der Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union von den Bürgern in Deutschland, Frankreich und Spanien eine breite und in Großbritannien zumindest eine knappe mehrheitliche Unterstützung erhält, ist die Unterstützung für den europäischen Integrationsprozess sehr unterschiedlich ausgeprägt. Besonders stark ist die grundsätzliche Zustimmung zum ‚Projekt Europa‘ in Deutschland, wo sich 70 Prozent für die europäische Integration aussprechen. In Frankreich sind es lediglich noch 51 Prozent, in Großbritannien 32 Prozent. In Spanien wurde die Frage nicht gestellt. Zwar hat mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine europakritische Partei immerhin 7 Prozent der deutschen Wählerstimmen bei der Wahl zum Europäischen Parlament erhalten. Das relativ schwache Abschneiden der AfD im Vergleich zu europakritischen Parteien beispielsweise in Frankreich oder Großbritannien kann man dabei aber durchaus auch als Beleg für die überdurchschnittlich positive Sicht der Bundesbürger auf Europa betrachten.

Ein weiteres Mal zeigt sich allerdings auch hier die starke Bildungsabhängigkeit der Ergebnisse: Je höher das eigene Bildungsniveau, desto stärker fällt der Zuspruch zum ‚Projekt Europa‘ aus. In Deutschland sprechen sich 83 Prozent der Bürger, die einen hohen Bildungsabschluss haben, für die europäische Integration aus; von denjenigen mit einfacher Schulbildung sind es 60 Prozent. In Frankreich sind es 62 Prozent der Bürger mit hoher Schulbildung, aber nur 33 Prozent derjenigen mit einfacher Schulbildung, die den europäischen Einigungsprozess befürworten. In Großbritannien sind die Relationen auf insgesamt niedrigerem Niveau ähnlich.

14 Zu den Ergebnissen der Europawahlen siehe Daniel Göler/Mathias Jopp: Die Europawahl 2014 und das Konzept der Spitzenkandidaten – ein Kommentar, in: *integration* 2/2014, S. 152–160; Rudolf Hrbek: Europawahl 2014: Kontinuität und neue Facetten, in diesem Band, S. 205–228.

Die bildungsabhängige Sichtweise auf die europäische Integration dürfte zum einen auf eine – in anderen Umfragen immer wieder belegte<sup>15</sup> – größere Offenheit höherer Bildungsgruppen für andere Länder und Kulturen zurückzuführen sein. Zum anderen erschließen sich höheren Bildungsgruppen auch die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge (und damit indirekt die vielfältigen positiven Effekte der europäischen Einigung) leichter. Zugleich profitieren die höheren Bildungsschichten mehr von den Vorzügen der europäischen Einigung, beispielsweise dem gemeinsamen Binnenmarkt, während die unteren Bildungsschichten sich beispielsweise durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen eher bedroht fühlen dürften. Der Bildungseffekt ist dabei nicht ein Korrelat der Betroffenheit von der Krise. So ist in Deutschland, aber auch in Großbritannien nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung – in allen Bildungsschichten – von der Krise stark betroffen. In Großbritannien zeigt sich zudem als Folge der Rolle von (Investment-)Banken in der ‚City‘ die Besonderheit, dass es vor allem die oberen Bildungsschichten sind, die von der Krise stark betroffen sind.

Die jüngere Generation ist, anders als man angesichts des überdurchschnittlichen Bildungsniveaus vermuten könnte, allerdings nicht ausgeprägt pro-europäisch gestimmt. Vielmehr zeigt sich in Frankreich und Großbritannien ein überdurchschnittlich ausgeprägtes Desinteresse. So geben in Frankreich 31 Prozent der Unter-30-Jährigen zu Protokoll, dass ihnen die europäische Integration „ziemlich egal“ ist, in Großbritannien sind es 36 Prozent. Von den mittleren und älteren Bevölkerungsgruppen sind es deutlich weniger, die sich indifferent zeigen. In Deutschland liegt der Anteil der Jüngeren, die sich gleichgültig gegenüber Europa zeigen, mit 17 Prozent dagegen kaum über dem Niveau der mittleren und älteren Jahrgänge. Die fehlende Begeisterung für Europa ist dabei nicht Folge der überdurchschnittlichen Betroffenheit durch die Krise. Denn wie zuvor bereits ausgeführt, fühlt sich die jüngere – häufig noch nicht am Arbeitsmarkt agierende – Generation nicht überdurchschnittlich von der Krise betroffen. Vielmehr dürfte Europa in vielen der alten Mitgliedsländer für die jüngere Generation zu einer Selbstverständlichkeit geworden sein, deren historische Errungenschaft auch angesichts eines generell rückläufigen Interesses an gesellschaftspolitischen Fragen nicht mehr erkannt wird.

Für Deutschland liegen auch Daten aus Befragungen von Führungspersonen aus Wirtschaft und Politik vor. Diese unterstreichen, dass die europäische Integration in hohem Maße ein Projekt ist, hinter dem vor allem die Eliten voller Überzeugung stehen. So überwiegen beispielsweise mit Blick auf die Gemeinschaftswährung für 82 Prozent der Spitzenkräfte aus Wirtschaft und Politik die Vorteile, 13 Prozent ziehen eine ausgeglichene Bilanz, nur 5 Prozent sehen im Euro für Deutschland mehr Nachteile als Vorteile.<sup>16</sup>

## Bewertung verschiedener Integrationsschritte

Sowohl der Fortbestand des Euro und der Eurozone als auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gelten, wie zuvor gezeigt, der überwiegenden Mehrheit der Bürger in

15 So stuften 26 Prozent der Deutschen mit einfacher Schulbildung, das Kennenlernen anderer Länder und Kultur für sich selbst als wichtig und erstrebenswert ein, von den Deutschen mit höherer Schulbildung, also mindestens Fachhochschulreife, sind es mit 52 Prozent doppelt so viele. Vgl. Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse AWA 2014.

16 Vgl. Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 5288 (CAPITAL-Elite-Panel). Unter den rund 500 Befragten sind 370 Spitzenkräfte aus der Wirtschaft, darunter rund 75 Vorstände oder Geschäftsführer von Unternehmen mit mehr als 20.000 Mitarbeitern, außerdem rund 100 Spitzenpolitiker, darunter rund 20 Ministerpräsidenten und Minister, sowie gut 20 Leiter von Bundesbehörden.

Deutschland, Frankreich und Spanien als richtiger Weg für die Entwicklung des eigenen Landes. Die Zustimmung zum europäischen Projekt ist dabei allerdings nicht gleichbedeutend mit einer uneingeschränkten Unterstützung für konkrete weitere Integrationsschritte oder Vertragsänderungen, wie die knappen, bisweilen auch negativen Abstimmungsergebnisse über Kernprojekte wie den Vertrag von Maastricht oder den Vertrag über eine Verfassung für Europa in einzelnen Mitgliedsländern immer wieder gezeigt haben.<sup>17</sup> Auch die Erfolge europaskeptischer Parteien können als Kritik an der Art und Weise, wie das ‚Projekt Europa‘ in praktische Politik umgesetzt werden kann, interpretiert werden.

Ein Kritikpunkt ist dabei die Kompetenzverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene. Sowohl in Deutschland als auch noch deutlich stärker in den anderen drei untersuchten Ländern haben weite Teile der Bevölkerung den Eindruck, dass sich die Europäische Union zu sehr in die Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsländer einmischt. In Deutschland sehen das 40 Prozent so, in Spanien 50 Prozent, in Frankreich und Großbritannien jeweils 54 Prozent der Bevölkerung.

**Tabelle 2: Stärkung der nationalen Befugnisse und Zuständigkeiten**

Frage: „Wie sehen Sie das ganz allgemein: Sollten wir mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten umgekehrt mehr Befugnisse an unser Land zurück übertragen werden, oder weder noch?“				
	Deutsch-land	Frankreich	Spanien	Großbritannien
	%	%	%	%
Mehr Befugnisse an die EU	7	16	16	4
Mehr Befugnisse zurück	44	58	41	62
Weder noch	34	23	20	28
Unentschieden, keine Anga-be	15	3	23	6
	100	100	100	100

Basis: Bevölkerung ab 15 bzw. 16 Jahre im jeweiligen Land.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6128, 6129, 6130 und 11013.

Folgerichtig spricht sich in allen Ländern eine relative, bisweilen deutliche Mehrheit für die Stärkung der nationalen Befugnisse und Zuständigkeiten aus. In Deutschland wünschen sich 44 Prozent die Rückübertragung von Befugnissen von Europa auf die nationale Ebene; in Spanien sind es 41 Prozent, in Frankreich 58 Prozent und in Großbritannien mit seiner traditionell stark ausgeprägten Skepsis gegenüber europäischen Regelungen 62 Prozent.<sup>18</sup>

Während in Wirtschaft und Politik ein breiter Konsens besteht, dass Krisen wie jene in der Eurozone am besten durch eine Vertiefung der europäischen Integration bekämpft werden können, sind unter den Bürgern gerade diejenigen für die Renationalisierung von Zuständigkeiten, die über die Krise besonders beunruhigt sind. So plädieren in Deutschland 50 Prozent derjenigen, die über die Krise sehr stark oder stark beunruhigt sind, für eine Stärkung

17 Vgl. hierzu auch Wilhelm Knelangen: Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2012, S. 32-40.  
18 Siehe Tabelle 2.

der nationalen Ebene; unter denjenigen, bei denen die Krise weniger oder gar keine Beunruhigung auslöst, sind es 41 Prozent. Ein ähnliches Muster lässt sich in Frankreich und Spanien beobachten, während die Mehrheit der britischen Bevölkerung, unabhängig von der Beunruhigung über die Krise in der Eurozone, eine Rückverlagerung von Befugnissen befürwortet.

Eine differenziertere Abfrage, was europäisch und was national geregelt werden sollte, zeigt jedoch, dass es auf bestimmten Feldern eine breite Mehrheit für einheitliche europäische Regelungen gibt, auf anderen dagegen eine klare Präferenz für nationale Lösungen. So spricht sich die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung dafür aus, auf europäischer Ebene festzulegen, wie viele Schulden ein EU-Mitgliedsland machen darf: 72 Prozent der Bürger möchten dies einheitlich für alle Mitgliedsländer der Europäischen Union regeln, nur 19 Prozent auf nationaler Ebene. Auch die Außen- und Sicherheitspolitik siedelt die überwältigende Mehrheit der deutschen Bürger auf europäischer Ebene an. Die Mehrheit votiert auch dafür, über Arbeitsschutzbestimmungen auf europäischer Ebene zu entscheiden; 50 Prozent plädieren ebenso für einheitliche Bildungsabschlüsse, 44 Prozent für einheitliche Regelungen für die Zuwanderung in europäische Länder. Bei diesem letzten Punkt überwiegt nur knapp die Präferenz für nationale Regelungen.

Anders ist dies bei der Festlegung von Steuern und Abgaben und der Gestaltung von Sozialleistungen. Hier plädiert jeweils nur ein Viertel der deutschen Bevölkerung für einheitliche europäische Regelungen, während rund zwei Drittel nationale Lösungen befürworten. Damit steht die große Mehrheit der Bürger europäischen Regelungen vor allem dort kritisch gegenüber, wo sie die eigenen materiellen Interessen unmittelbar tangiert sieht und befürchtet, durch eine Verlagerung auf die europäische Ebene als Bürger und Wähler weniger Einfluss ausüben zu können als auf nationaler Ebene.<sup>19</sup>

Die deutsche Bevölkerung zeigt sich insgesamt offener für Regelungen auf europäischer Ebene als die Bürger der anderen Länder. Allerdings kristallisieren sich letztlich auch in Frankreich und Spanien ähnliche, wenngleich weniger scharf konturierte Präferenzen für die Aufteilung europäischer und nationaler Zuständigkeiten heraus. In Großbritannien überwiegt dagegen in allen Bereichen die Ansicht, dass diese Themen besser national geregelt werden sollten. Zur Veranschaulichung wurde für die einzelnen Bereiche und Länder jeweils der Saldo gebildet aus denjenigen, die eine europäische Regelung in einem Bereich befürworten, und denjenigen, die sich für eine nationale Regelung aussprechen. Für Deutschland ist bei der Festlegung der Schuldengrenze für EU-Mitgliedsländer sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik ein deutlich positiver Saldo erkennbar. Der Saldo von 53 Prozent zugunsten einer europäischen Regelung von Schuldengrenzen ergibt sich aus 72 Prozent, die sich für eine Regelung auf europäischer Ebene aussprechen, und 19 Prozent, die sich für eine nationale Regelung aussprechen. Auch in Frankreich und Spanien votieren bei diesen beiden Politikfeldern (geringfügig) mehr Bürger für eine europäische als für eine nationale Regelung. Bei der Regelung von Bildungsabschlüssen zeigen sich die französische und spanische Bevölkerung hingegen offener für eine europäische Regelung. Bei der Festlegung von Steuern und Abgaben und der Gestaltung von Sozialleistungen wünschen sich die französische ebenso wie die spanische Bevölkerung zwar auch eine nationale Zuständigkeit, beide lehnen eine europäische Regelung aber vor allem im Bereich von Sozialleistungen weniger stark ab als die deutsche Bevölkerung.<sup>20</sup>

19 Siehe Tabelle 3.

20 Siehe Schaubild 5.

**Tabelle 3: Differenzierte Bewertung auf verschiedenen Politikfeldern – Sicht der deutschen Bevölkerung**

Frage: „Wie sehen Sie das ganz allgemein: Sollten wir mehr Befugnisse und Zuständigkeiten an die Europäische Union übertragen, oder sollten umgekehrt mehr Befugnisse an unser Land zurück übertragen werden, oder weder noch?“			
Das sollte man regeln auf –	europäischer Ebene	nationaler Ebene	Saldo
	%	%	%
Wie viele Schulden ein EU-Mitgliedsland machen darf	72	19	53
Außen- und Sicherheitspolitik	71	20	51
Arbeitsschutzbestimmungen	54	39	15
Welche Abschlüsse an Schulen, Universitäten vergeben werden	50	41	9
Zuwanderung, Zuzug von Ausländern	44	47	3
Höhe der Steuern und Abgaben	26	62	-36
Wer Anspruch auf Sozialleistungen hat und wie viel	26	66	-40
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre			

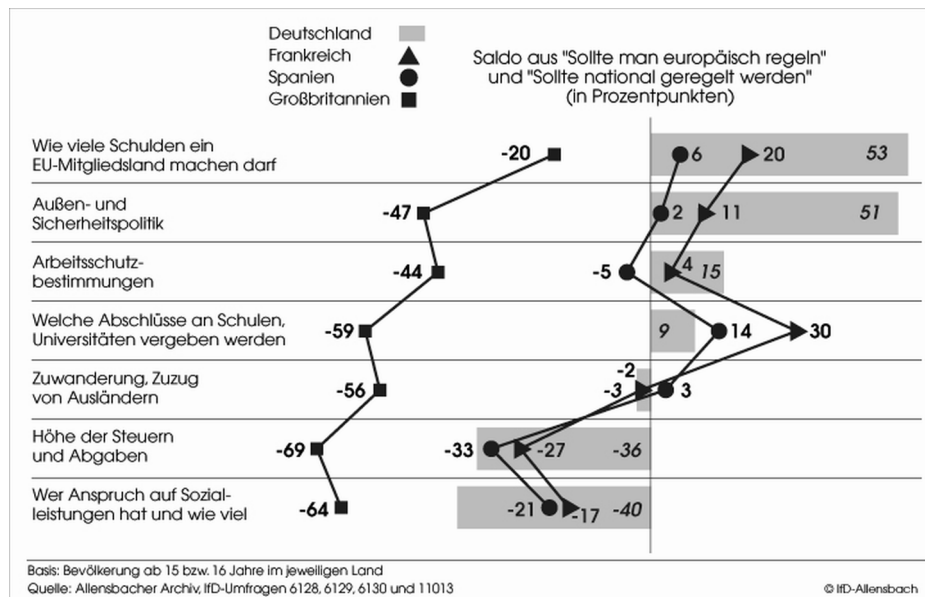
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11013.

Vertrauen in europäische Institutionen

Das Vertrauen in die europäischen Institutionen, sei es Parlament, Kommission oder Zentralbank, bewegt sich in Deutschland, Frankreich und Großbritannien durchgängig auf niedrigem Niveau; in Spanien wurde das Vertrauen in europäische Institutionen nicht erhoben. In Frankreich ist es tendenziell etwas stärker ausgeprägt als in Deutschland, in Großbritannien schwächer als in den beiden anderen untersuchten Ländern. Der Europäischen Kommission bringen 21 Prozent der deutschen Bevölkerung sehr großes oder großes Vertrauen entgegen. Von der französischen Bevölkerung bekunden 31 Prozent sehr großes oder großes Vertrauen gegenüber der Kommission; in Großbritannien sind es 18 Prozent. Etwas besser schneidet das Europäische Parlament ab, dem 29 Prozent der deutschen, 32 Prozent der französischen und 19 Prozent der britischen Bevölkerung großes Vertrauen entgegenbringen. Das Vertrauensniveau für die Europäische Zentralbank liegt bei 19 Prozent in Großbritannien, 26 Prozent in Deutschland und 30 Prozent in Frankreich.<sup>21</sup>

21 Vgl. Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6128, 6129 und 11013.

### Schaubild 5: Differenzierte Bewertung der präferierten Regelungsebenen für verschiedene Politikfelder

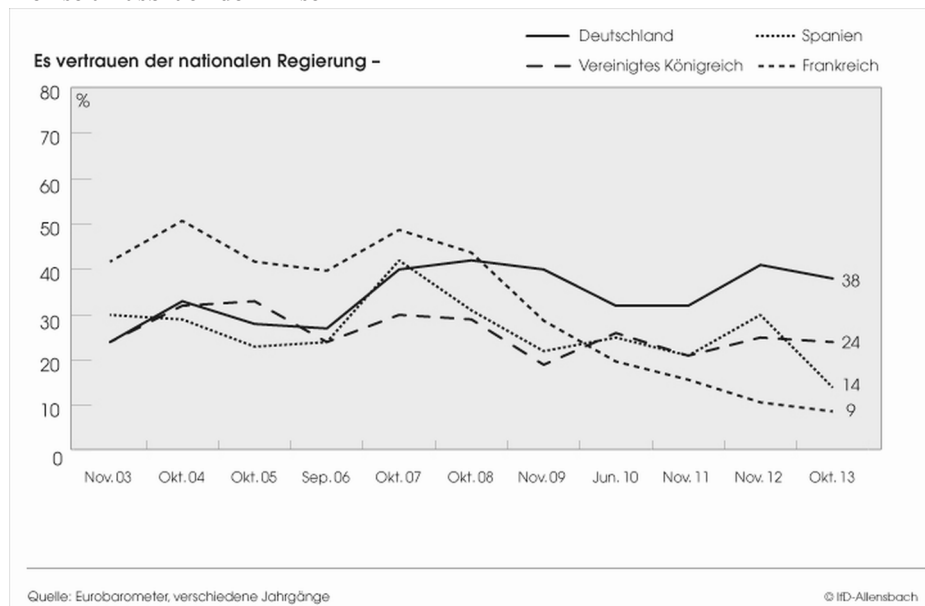


Das Vertrauen wird in hohem Maße von der Einschätzung beeinflusst, inwiefern die Europäische Union für das eigene Land eher Vorteile oder eher Nachteile bringt. Diejenigen, die der Meinung sind, dass die EU-Mitgliedschaft für das eigene Land insgesamt vorteilhaft ist, schenken auch den EU-Institutionen in deutlich höherem Maße Vertrauen als diejenigen, die eine gemischte oder sogar nachteilige Bilanz der EU-Mitgliedschaft ziehen. So haben beispielsweise in Deutschland von denjenigen, die eine insgesamt positive Bilanz der deutschen Mitgliedschaft in der Europäischen Union ziehen, 47 Prozent Vertrauen in das Europäische Parlament. Von denjenigen, die eine ausgeglichene Bilanz ziehen, sind es 27 Prozent. Von denen, die für Deutschland vor allem Nachteile in der EU-Mitgliedschaft sehen, haben nur 13 Prozent Vertrauen in das Europäische Parlament. In Großbritannien sind die Relationen ähnlich. In Frankreich fällt auf, dass auch diejenigen, die eine ausgeglichene Bilanz ziehen, dem Europäischen Parlament ein relativ hohes Maß an Vertrauen entgegenbringen. Von ihnen haben 44 Prozent sehr großes oder großes Vertrauen in das Europäische Parlament. Von denjenigen, die eine positive Bilanz der EU-Mitgliedschaft ihres Landes ziehen, sind es mit 52 Prozent kaum mehr. Für die Europäische Kommission sowie die Europäische Zentralbank ergibt sich für alle Länder ein ähnliches Bild.

Gemessen an dem Vertrauen in vergleichbare nationale Institutionen genießen ihre europäischen Pendanten in Deutschland nach wie vor ein deutlich geringeres Maß an Vertrauen. Dem Bundesverfassungsgericht sprechen 86 Prozent ihr Vertrauen aus, Bundestag und Bundesrat jeweils 58 Prozent und auch der Bundesregierung bringen 50 Prozent sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen.<sup>22</sup>

22 Vgl. Allensbacher Archiv: IfD-Umfrage 11016.

### Schaubild 7: Starker Vertrauensverlust für die Regierungen in Frankreich und Spanien seit Ausbruch der Krise



Das Vertrauen in die nationalen Regierungen hat sich in den Untersuchungsländern dabei seit Ausbruch der Krise sehr unterschiedlich entwickelt. Das Vertrauen der französischen und spanischen Bevölkerung in ihre Regierungen ist seit Ausbruch der Krise stark erodiert. Vor Ausbruch der Krise lag das Vertrauensniveau noch bei rund 50 Prozent in Frankreich und 40 Prozent in Spanien. Seitdem ist ein kontinuierlicher Rückgang – mit Ausnahme des Jahres 2012 in Spanien – zu verzeichnen. Der Vertrauensanstieg zwischen November 2011 und November 2012 könnte dort auf die Ende 2011 abgehaltenen vorgezogenen Parlamentswahlen und den damit verbundenen Regierungswechsel zurückzuführen sein. Das Vertrauen der deutschen und britischen Bevölkerung in ihre Regierungen hat sich seit Ausbruch der Krise hingegen kaum verändert, ist tendenziell sogar leicht gestiegen.<sup>23</sup> Das geringe Vertrauen der französischen und spanischen Bevölkerung in ihre Regierungen spiegelt sich fast eins zu eins auch im geringen Vertrauen in deren Wirtschaftskompetenz wider. So haben in der Allensbach-Umfrage 84 Prozent der französischen und 78 Prozent der spanischen Bevölkerung kein oder nur wenig Vertrauen in die eigene Regierung, dass sie die wirtschaftlichen Probleme in den Griff bekommt. Die Krise in der Eurozone erschüttert also keineswegs vorrangig das Vertrauen in europäische Institutionen, sondern wirkt sich in den besonders betroffenen Ländern mindestens genauso stark auf die nationale Ebene aus.

### Ausblick: Wirtschaftliche Erholung als Voraussetzung für EU-Zustimmung

Vor dem Hintergrund der mehrjährigen Krise in der Eurozone ist es bemerkenswert, dass sowohl der Euro als auch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union von der Mehrheit

23 Siehe Schaubild 7. Die geringfügigen Abweichungen in den aktuellen Ergebnissen für Deutschland zwischen Eurobarometer und den im vorhergehenden Absatz erwähnten Ergebnissen aus dem Allensbacher Archiv ergeben sich aus einer unterschiedlichen Skalierung und unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten.



der Bürger nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Sowohl der Verbleib in der Europäischen Union als auch die Beibehaltung des Euro gelten einem überwiegenden Teil der Bevölkerung in Deutschland, Frankreich und Spanien als Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes. Auch in Großbritannien sieht eine knappe Mehrheit der Bürger in einer weiteren EU-Mitgliedschaft den besseren Weg für das eigene Land. Insgesamt wird die Bilanz der EU-Mitgliedschaft wie auch des Euro zwar in allen Ländern ambivalent gesehen. Dies ist gleichwohl ein Meinungsbild, das sich auch in früheren (Nicht-Krisen-)Zeiten zeigte. In keinem Land herrscht heute aber der Eindruck vor, dass die EU-Mitgliedschaft und der Euro überwiegend Nachteile haben. Die Sichtweise auf Europa hängt dabei stark vom eigenen Bildungsniveau, aber auch von der eigenen Betroffenheit durch die Krise ab: Höher gebildete Bevölkerungsschichten stehen Europa offener gegenüber als Personen mit einfacher Bildung. Diejenigen, die besonders stark von der Krise in der Eurozone betroffen sind, sind auch besonders skeptisch gegenüber Europa.

Für den weiteren Integrationsprozess Europas scheint Deutschland eine immer größere Rolle zu spielen. Die grundsätzliche Zustimmung zur europäischen Integration ist in Deutschland derzeit weitaus stärker ausgeprägt als in Frankreich. Zwar wünscht sich auch in Deutschland eine relative Mehrheit der Bürger eine Rückverlagerung von Befugnissen auf die nationale Ebene. Dekliniert man allerdings einzelne Politikfelder durch, so ergibt sich in Deutschland häufiger als in den anderen Ländern eine Zustimmung für europaweite Regelungen. Überwiegend skeptisch wird in allen Ländern gleichwohl eine europäische Zuständigkeit für Steuern und Sozialsysteme gesehen.

Eine Herausforderung bleibt das Vertrauen in die europäischen Institutionen. Dieses ist in allen Ländern gering. In Deutschland kontrastiert dies stark mit dem zurzeit großen Vertrauen in die nationalen Institutionen; in Spanien und Frankreich genießen dagegen derzeit nationale Regierungen und Parlamente noch weniger Vertrauen als die europäische Ebene. Die Folgen der Krise in der Eurozone erschüttern damit offensichtlich das Institutionenvertrauen insgesamt und beschränken sich keineswegs auf die europäische Ebene.

In Spanien, aber auch Frankreich, hat die Krise ihre Spuren hinterlassen. Bislang hat dies den Rückhalt für Europa und den Euro nicht nachhaltig beeinträchtigt. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse aber auch: je stärker die individuelle Betroffenheit von der Krise, desto kritischer ist der Blick auf Europa. Eine wirtschaftliche Erholung in der gesamten Eurozone ist also auch für den Fortgang der europäischen Integration von essenzieller Bedeutung.